

„EIGENTUM VERPFLICHTET“

LANDTAG DEBATTIERT ÜBER SPD-ANTRAG

Auf Antrag der SPD hat der Hessische Landtag über die Bekämpfung

kämpfen solle. „In Frankfurt, wo der Wohnungsmarkt besonders angespannt ist, stehen trotz gravierender Wohnraumnot oft Immobilien leer – genauso wie in vielen anderen Kommunen“, erklärte Barth. Ein Grund liege darin, dass es zurzeit besonders günstig sei, Geld in Immobilien „zu parken“ und damit Rendite aufgrund steigender Grundstückspreise zu erzielen. Immobilien in Ballungsgebieten seien damit eine attraktive Kapitalanlage. Da sie sich unbewohnt

ten die dazu führen, dass Häuser lange leer stehen. Hier würde die Androhung eines Bußgelds sicher zu schnelleren Entscheidungen führen“, so Barth. „Es ist nicht hinnehmbar, dass wir auf der einen Seite einen gravierenden Mangel an Wohnungen haben, andererseits aber nichts dagegen unternehmen, wenn Häuser leer stehen und damit auch noch Geld verdient wird.“ Die SPD erwarte deshalb, dass die Koalition bis zu der Gesetzesanhörung im August einlenke, damit die betroffenen Städte ein Instrument in die Hand bekämen, um diese Auswüchse auf dem Immobilienmarkt zu bekämpfen.



WOHNRAUM MUSS FÜR DIE MENSCHEN DA SEIN. NICHT FÜR DIE GEWINNE EINIGER WENIGER.

FOTO: PIXABAY/RIALA

fung von Wohnungsleerstand und Wohnungsmangel debattiert. „Wir wollen Immobilienleerstände aufgrund von Spekulation unterbinden“, sagte die wohnungsbaupolitische Sprecherin Elke Barth. Dazu habe die SPD-Fraktion bereits ein Wohnraumschutzgesetz eingebracht, das Leerstand be-

besser weiterverkaufen ließen, stünden sie häufig leer. Nach einer Haltefrist von zehn Jahren werde außerdem keine Einkommensteuer mehr auf private Immobilienverkäufe erhoben. „Manchmal sind es auch schlicht Streitigkeiten innerhalb von Erbengemeinschaft-



HESSISCHER STAATSGERICHTSHOF

„Ich freue mich, dass der Hessische Landtag mit der Wahl von Prof. Dr. Poseck und Prof. Dr. Sacksofsky auf Kontinuität setzt und mit den gewählten Persönlichkeiten außerordentlich versierte und erfahrene Juristen an die Spitze des höchsten hessischen Gerichts berufen hat“, gratulierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Frankfurt, Prof. Dr. Roman Poseck, und der Frankfurter Jura-

professorin Dr. Ute Sacksofsky zur Wahl in das Amt des Präsidenten beziehungsweise der Vizepräsidentin des Hessischen Staatsgerichtshofes. Schäfer-Gümbel betonte, dass der Staatsgerichtshof unter Führung von Prof. Dr. Poseck seine juristische und politische Unabhängigkeit zurückgewonnen habe. Beide hatten bei ihrer Wiederwahl die Stimmen der SPD-Fraktion erhalten. Gleichzeitig gratulierte Schäfer-Gümbel auch



FOTO: PIETRO SUTERA

Dr. h.c. Georg D. Falk von der Liste der SPD zu dessen Wahl als weiteres nichttrichterliches Mitglied am Staatsgerichtshof.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

FEHLENDE LOBBY FÜR PSYCHISCH KRANKE



In der Debatte über die Situation der psychiatrischen Versorgung in Hessen kritisierte Dr. Daniela Sommer, dass es im Ministerium keine Lobby für psychisch kranke Menschen gebe. Zuvor hatte es Berichte über unhaltbare Zustände in der Akutpsychiatrie des Klinikums Frankfurt-Höchst gegeben. „Wir alle haben die unerträglichen Bilder gesehen“, sagte Sommer. Dass Minister Klose, obwohl Missstände, fehlendes qualifiziertes Personal und Investitionsstau bekannt gewesen seien, sich nicht in der Verantwortung fühlt, schrieb Sommer fehlendem Interesse oder Fachwissen zu. Der Minister müsse endlich Verantwortung für die Zustände übernehmen und Taten folgen lassen.

„BRÜHL IST AUSGEZEICHNETE WAHL“

„Sie sollten dringend Ihr Demokratieverständnis überprüfen“, empfahl Gernot Grumbach der AfD in einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde. Die AfD hatte gefordert, die Präsidentsstelle der TU Darmstadt erneut aus-



zuschreiben und neu zu besetzen, da sie die Wahl von Prof. Dr. Tanja Brühl anzweifelte. Grumbach wies darauf hin, dass die Neubesetzung eine demokratische Wahl und keine Entscheidung des Ministeriums war. Brühl sei außerdem eine nicht nur im Sinne der Interdisziplinarität ausgezeichnete Wahl.

VERANTWORTUNG FÜR DAS KLIMA

In der Debatte zum Klimaschutz und den aktuellen Klimaprotesten erklärte Gernot Grumbach, dass die SPD dafür sorgen wolle, den Wandel, den die Menschen selbst verursacht haben, in den Griff zu bekommen. „Ganz egal wie groß unser Einfluss auf das Klima ist, wir haben die Verantwortung für den Teil, den wir beeinflussen. Und diese Verantwortung tragen wir für unsere Kinder“, so Grumbach. Nur mithilfe eines entsprechenden Gesetzes könne der Abstand zwischen Absichtserklärung und daraus folgenden Taten verringert und Klimaziele verbindlich umgesetzt werden.

NEIN ZU UPLOADFILTERN

T o b i a s Eckert bedauerte, dass es nicht gelungen sei, den umstrittenen Artikel 17 (vormals Art. 13) des neuen europäischen Urheberrechts zu verhindern. „Wir stehen an der Seite der Urheber aber auch für die Freiheit im Netz“, erklärte Eckert. Ein wirksames Urheberrecht könne auch ohne Upload-Filter bestehen. Die Konservativen hatten im Eu-



ropaparlament mehrheitlich dem neuen Urheberrecht zugestimmt. Nun wolle die CDU auf nationaler Ebene ein Problem lösen, das sie in Brüssel mitgeschaffen habe. Das sei „absurd“, kritisierte Eckert.

VERBESSERUNGEN BEI BAFÖG

Dr. Daniela Sommer begrüßte die bisherigen BAFöG-Verbesserungen auf Bundesebene, die die Voraussetzungen für den Bezug besser an die Lebensrealität angepasst hätten. Insbesondere sei die Förderung von Wohnraum für Studierende wichtig. Nun sei die Landesregierung am Zug, ihr Versprechen, Wohnheimplätze für zehn Prozent der Studierenden vorzuhalten und Neubau, Ausbau und Sanierung studentischer Wohnheime voranzutreiben, am Zug. Sommer schlug vor, Studentenwerke zu Bildungsförderungswerken auszubauen und finanziell auskömmlich auszustatten.



HESSEN MUSS ZURÜCK IN DIE TDL

Im Rahmen der Debatte zu dem neuen Tarifabschluss kritisierte Günter Rudolph abermals den hessischen Sonderweg. Er sei schlichtweg falsch und müsse unverzüglich beendet werden. „Hessen muss zurück in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Die Verhandlungen dazu sollte die Landesregierung endlich aufnehmen“, sagte Rudolph. „Wer einen funktionierenden Öffentlichen Dienst will, der muss auch die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen“, schloss er.



„FRAUEN IN NOTLAGEN SCHÜTZEN“

GESETZ ZUM SCHUTZ VON SCHWANGEREN FRAUEN

„Dass im Jahr 2019 Frauen in unserem Land überhaupt besonderer Schutzmaßnahmen bedürfen, um ihr Recht auf Beratung bei einer ungeplanten Schwangerschaft in Anspruch nehmen zu können oder auch einen straffreien Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, ist beschämend und beunruhigend“, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Lisa Gnadl. Sie forderte schnelle Maßnahmen, damit die Betroffenen wieder einen diskriminierungsfreien und unbeeinflussten Zugang zu Beratung und ärztlicher Versorgung erhalten. Im Vorfeld der Debatte um ein hessisches Gesetz zum Schutz von schwangeren Frauen bei Schwangerschaftsberatung

und-abbruch war es zu einschüchternden Demonstrationen und Mahnwachen von sogenannten Lebensschützern vor Beratungsstellen und Arztpraxen gekommen. „Sowohl religiös-fundamentalistische wie auch völkische Gruppierungen wollen Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen. Da sie das zum Glück politisch und rechtlich nicht schaffen, versuchen sie es mit Einschüchterung und Psychoterror“, stellte die frauenpolitische Sprecherin Gnadl fest. Wo versucht werde, Menschen zu bedrängen und zu nötigen und wo Persönlichkeitsrechte verletzt werden, da werde das Demonstrationsrecht missbraucht. „Wir müssen praktikable, wirksame und



grundrechtskonforme Wege finden, schwangere hilfesuchende Frauen in einer Konfliktsituation besser zu schützen. Und das muss zeitnah passieren“, forderte Gnadl. Schwarz-Grün müsse jetzt und nicht irgendwann handeln.

PETITION IST RECHT DES EINZELNEN

In seiner ersten Rede betonte Oliver Ulloth die Bedeutung von Petitionen als Recht jedes Einzelnen.

„Das Petitionsrecht ist kein angestaubtes Relikt, sondern wichtig wie eh und je“, so Ulloth. Gerade deshalb müsse in den Bereichen Onlinepetitionen und Öffentlichkeitsarbeit mehr getan werden. Ulloth wies außerdem auf die Problematik hin, dass Plattformen wie change.org den Anschein erwecken würden, dass man sich über sie direkt an die Volksvertretung wenden könnte. Aufgabe des Petitionsausschusses sei es, damit aufzuräumen. „Wir müssen uns jetzt auf den Weg machen, ein Petitionsgesetz für Hessen zu erarbeiten“, schloss Ulloth.



PAKT FÜR DEN RECHTSSTAAT

„Der Pakt für den Rechtsstaat ist eine gute Sache. Damit kann der langjährigen ignoranten Personalpolitik in der hessischen Justiz etwas entgegen gesetzt werden. Unser Dank gilt insbesondere der zuständigen Bundesjustizministerin Katarina Barley für ihren Einsatz“, erklärte Gerald Kummer zum Pakt zwischen dem Bund und den Ländern. Ein Ziel des Paktes liege vor allem darin, die Personalausstattung der Justiz bundesweit erheblich zu verbessern. Dies sei „dringend notwendig“, so Kummer.



Auch, damit sich Gerichtsverfahren nicht weiterhin so langwierig gestalten würden.

SONNTAG HAT HOHEN STELLENWERT

Mit ihrem Gesetzentwurf zum Ladenöffnungsgesetz will die FDP den Anlassbezug bei Sonntagsöffnungen streichen. Dagegen stellte sich der arbeitsmarktpolitische Sprecher Wolfgang Decker.



„Das Bundesverfassungsgericht hat dem Schutz des Sonntags einen hohen Stellenwert eingeräumt. Auch für uns ist er ein hohes Schutzgut“, so Decker. Er riet, den Dialog mit gesellschaftlich relevanten Gruppen, wie Kirchen und Gewerkschaften, zu suchen. Die öffentliche Anhörung werde die SPD aufmerksam begleiten. Es sei an der Zeit, dass Schwarz-Grün endlich einen eigenen Entwurf für ein neues Ladenöffnungsgesetz vorlege, da das jetzige am 31.12.2019 auslaufe.

SPRACHE ALS SPIEGEL DER ENTWICKLUNG

„Es ist eine Höchststrafe heute zu diesem Thema reden zu müssen“, sagte Lisa Gnadl in der Debatte zum AfD-Antrag „Gender-sprache in hessischen Ministerien, Landesbehörden und der Landtagsverwaltung abschaffen“. Ihr sei zwar bewusst gewesen, dass die AfD gerne familienpolitische Ausflüge in die 1950er-Jahre unternehme, jedoch nicht, dass sie sprachlich ins 18. und 19. Jahrhundert, die Zeit Goethes und Schillers, zurückwolle. Mit Sicherheit gehe es nicht darum, die grammatikalischen Geschlechter



der Sprache abzuschaffen. Doch: „Sprache ist kein Denkmal, sondern veränderbar. Sie ist der Inbegriff eines lebendigen Prozesses“, mahnte die frauenpolitische Sprecherin. Sprache sei ein Spiegel der Entwicklung einer Kultur und diese sei nicht mehr in den 60er- und 70er-Jahren verhaftet. Nicht umsonst sei die Debatte um Gleichstellung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen in den vergangenen Jahren immer größer und bedeutender geworden. „Diese Ziele müssen sich auch in unserer Sprache widerspiegeln“, so Gnadl.

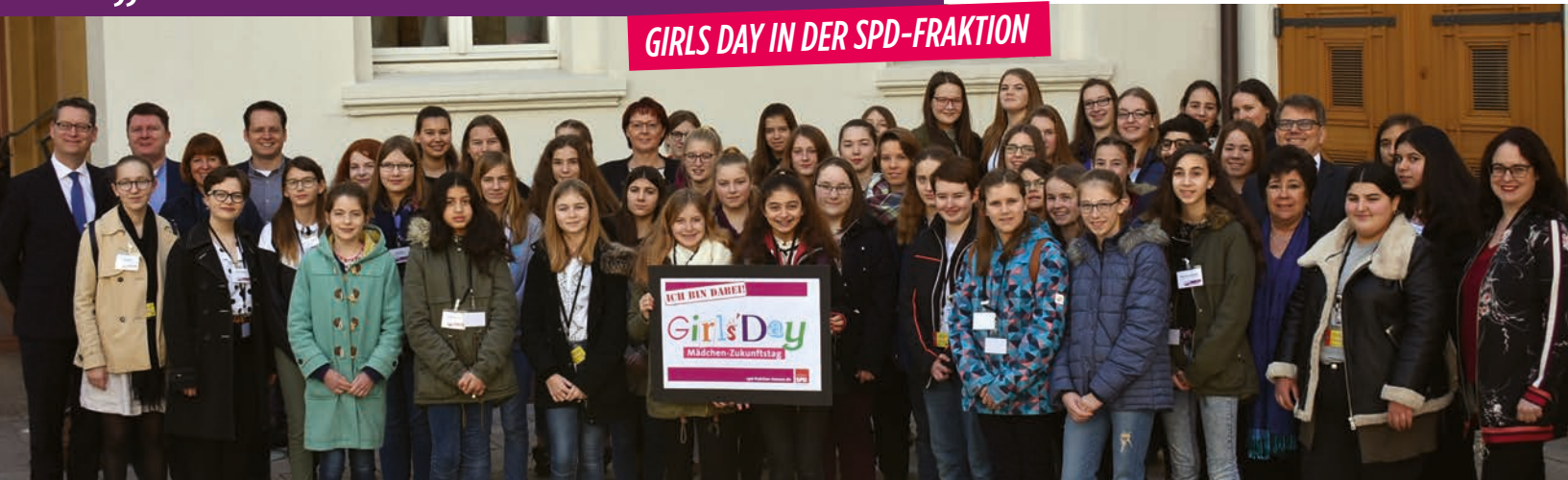
RUNDFUNKSTAATSVERTRAG

In zweiter Lesung hat der Hessische Landtag dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zugestimmt. „Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung digitales Zeitalter“, sagte die medienpolitische Sprecherin Angelika Löber. Sie begrüßte die Neuerung, dass Inhalte künftig länger auf den Portalen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verweilen können. Für freie Film- und Medienproduzenten brauche es ausreichend Anreize, für ARD, ZDF und Deutschlandradio zu produzieren, damit diese ein ausgewogenes Angebot sichern können.



„WEIL ICH MICH FÜR POLITIK INTERESSIERE“

GIRLS DAY IN DER SPD-FRAKTION



Im Rahmen des Girls Days 2019 hatten rund 50 junge Mädchen die Möglichkeit in das Landtagsleben der SPD-Fraktion zu schnuppern. Nach einem Treffen mit dem Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel und der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und frauenpolitischen Sprecherin Lisa Gnadl, ging es zu einer allgemeinen Einführung über die Arbeit des Landtags und der Landtags-

fraktion. Anschließend konnten sich die Besucherinnen in kleineren Diskussionsrunden zu unterschiedlichen Themen mit den Abgeordneten Kerstin Geis, Heike Hofmann, Angelika Löber und Lisa Gnadl ausprobieren. Die Motivation für einen Tag bei der SPD-Landtagsfraktion fiel bei den Mädchen sehr unterschiedlich aus – sie alle interessierten sich jedoch für eines: Für Politik.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Gert-Uwe Mende (verantwortlich),
Gerfried Zluga, Christoph Gehring,
Martina Häusl-David,
Isabel Neumann

Portraits Abgeordnete: Angelika Aschenbach